

lich zu sagen. Ich erinnere einmal daran, dass das BSHG die Hilfe zur Pflege eindeutig den Kommunen als Aufgabe zuweist. Der Bund hat 1994 die Pflegeversicherung in Kraft gesetzt. Der Landesgesetzgeber hat daraufhin das Landespflegegesetz verabschiedet, mit der klaren und deutlichen Zielsetzung, dass die Aufgabe bei den Kommunen liegt, dass also die Kommunen sowohl für die Finanzierung als auch für das Vorhalten und für die Sicherung der Pflegeplätze Sorge zu tragen haben. Das ist der erste Punkt.

(Rudolf Henke [CDU]: Erste Folge des Rückzugs!)

Zweitens. Dass hierbei das Prinzip der Konnexität nicht beachtet worden ist, stimmt absolut nicht - das habe ich vorhin in meiner Rede dargestellt -, ganz im Gegenteil. Seit Inkrafttreten der Pflegeversicherung haben die Kommunen jährlich Einsparungen in Höhe von 1 Milliarde DM gehabt.

(Rudolf Henke [CDU]: Das sind keine Einsparungen, das sind Minderausgaben!)

- Natürlich, das ist eindeutig gegengerechnet worden. Von daher hätten diese Mittel eingesetzt werden können, wenn es in den Kommunen nicht eine andere Entwicklung gegeben hätte. Fakt ist: Es gibt andere Ausgaben, die bei den Kommunen angestiegen sind, sodass die Investitionen nicht in der Form erfolgt sind, wie es für die Pflegebedürftigen notwendig gewesen wäre.

Daraus ziehen wir jetzt die Konsequenz und legen einen Entwurf vor, der eine Lösung anbietet. Ich muss hier feststellen, dass Sie in Ihrem Redebeitrag auch nicht den Ansatz einer Lösung aufgezeigt haben. Das verwundert mich sehr.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte für uns festhalten, dass wir mit unserem Lösungsweg zwei Dinge erreichen: Zum einen unterstützen wir die Kommunen eindeutig und helfen ihnen aus diesem Dilemma heraus.

(Manfred Palmen [CDU]: Nein, niemals, das sind Mehrkosten!)

Zum anderen tragen wir dafür Sorge, dass die Pflegebedürftigen tatsächlich Pflegeplätze erhalten. Sie haben nicht nur den Anspruch darauf, sondern diese Pflegeplätze existieren auch tatsächlich. Das ist das Entscheidende bei diesem Gesetz. Wenn Sie hier von einer Bankrotterklärung reden, kann ich nur sagen, dass derjenige, der keinen Lösungsweg vorschlägt, die Bankrotterklärung für sich gepachtet hat. Das gilt aber weiß Gott nicht dann, wenn wir hier endlich einen Lösungsweg aufzeigen und den Kommunen bei

dieser schwierigen Aufgabe helfen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sie verschlechtern die Lage doch nur weiter!)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/3498 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge** - federführend -, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** und an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer stimmt der Überweisung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Überweisung einstimmig **beschlossen**.

Ich rufe auf:

**10 Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlÜAG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufnG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/3202

Beschlussempfehlung  
des Ausschusses für Innere Verwaltung und  
Verwaltungsstrukturreform  
zur zweiten Lesung  
Drucksache 13/3299

**weitere Lesung gemäß § 82 GeschO**

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Innere Verwaltung und  
Verwaltungsstrukturreform  
Drucksache 13/3533

Ich verweise auf den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/3576**. Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen erstens über den **Änderungsantrag Drucksache 13/3576** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer stimmt dem

Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Änderungsantrag einstimmig **angenommen**.

Ich komme zweitens zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform **Drucksache 13/3533**, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses einschließlich der soeben beschlossenen Änderungen anzunehmen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen**, der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/3202 entsprechend § 82 der Geschäftsordnung in einer weiteren Lesung beraten und der Gesetzentwurf verabschiedet.

Ich rufe auf:

#### **11 Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/3540

erste Lesung

Eine Debatte ist heute nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/3540** an den **Hauptausschuss**. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Überweisung mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

Ich rufe auf:

#### **12 Gesetz zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/3431

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Hauptausschusses  
Drucksache 13/3543

zweite Lesung

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** des Hauptausschusses **Drucksache 13/3543**, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen**. Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet und die Zustimmung zu dem Staatsvertrag gemäß § 66 Satz 2 der Landesverfassung erteilt ist.

Ich rufe auf:

#### **13 Gesetz über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (Juristenausbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen - JAG NRW)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 13/3197 und 13/3244

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Rechtsausschusses  
Drucksache 13/3544

zweite Lesung

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** des Rechtsausschusses **Drucksache 13/3544**, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich rufe auf:

#### **14 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 2. Quartal des Haushaltsjahres 2002**

Antrag  
des Finanzministers  
Vorlage 13/1860

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 13/3545

Ich weise darauf hin, dass der Antrag des Finanzministers gemäß Art. 85 Abs. 2 der Landesverfassung erfolgt ist. Eine Debatte wurde entge-